

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 24. Februar 2010 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach



Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Verhandelt:

Karlsbad, 24. Februar 2010

Bürgermeister:

Rudi Knodel

Anwesende:

Gemeinderäte

Amann Manfred 19.20 Uhr
 Badewien-Oehler Dorothea
 Becker Otto
 Bodemer Rolf
 Christmann Heike
 Dummler Reinhard
 Günther Heike 20.00 Uhr
 Haas Reinhard
 Haller Helmut
 Herrmann Jürgen
 Höger Günther
 Höger Otto
 Hoffer Walter

Karcher Joachim
 Kiesinger Peter
 Metz Günter
 Müller Willibald
 Nürnberg Cornelia
 Rädle Roland
 Rohrer Uwe
 Dr. Rupp Martin
 Schlifkowitz Hielta
 Schmidt Michael
 Steigerwald Klaus
 Vollmer Susanna
 Welte Michael

Gäste:

Siegfried Lorenz AVG, Jens Schmidgen
Landratsamt Karlsruhe

Ortsvorsteher: Helmut Kunz

Schriftführer:

Hans-Dieter Stößer

Verwaltung:

Roland Tibi
 Joachim Guthmann
 Simone Kruthoff
 Martina Danese

Benedikt Kleiner
 Hans-Dieter Stößer
 Klaus Rösch

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 19.02.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden und die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 18. Februar erschienen ist und das Kollegium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Höger Günter, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe



Zu 1. Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Mauerscheibe am 3. und 4. März abgebrochen werden soll. Die Arbeiten werden an den preisgünstigsten Bieter für brutto 4.050 Euro vergeben. Das Jugendhaus werde eine Bewirtung anbieten. Die Situation habe eine gewisse Komik und von daher solle die Sache bewusst sarkastisch enden. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff informiert über die vorgesehenen Darlehensverträge zur Kreditaufnahme. Geplant seien zwei Darlehen über 2.320.000 Euro für 3,156 % und 650.0000 Euro für 3,197 % effektiv. Tilgungsbeginn sei am 15.8.2011. Vorteilhaft sei, dass man die Auszahlung im Laufe des Jahres anfordern könne und so durch den Einsatz von derzeit günstigeren Kassenkrediten Einsparungen erreiche.

Der Vorsitzende sagt, dass ab 1. März die Gemeindeprüfungsanstalt die Bauausgaben von 2006 bis 2009 prüfe.

Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch erläutert, dass die Heizungsumstellung in der Schwarzwaldschule in Ittersbach in den Pfingstferien mit dem Rückbau der vorhandenen Heizung beginnt und in den Sommerferien eine neue Heizung eingebaut werde.

Zu 2. Fragen der Gemeinderäte

GR Günter Höger (CDU) erkundigt sich nach den Konditionen in Sachen Einkaufsmarkt Spielberg. Der Vorsitzende sagt eine Information im nichtöffentlichen Teil zu.

Auf die Nachfrage bezüglich eines auf dem Friedhof abgestellten Schneeschiebers informiert Jürgen Augenstein, dass es sich um zwei Schneeschieber handelt und einer mittlerweile entfernt sei. Beim zweiten Schneeschieber am Friedhof Langensteinbach werde ein förmliches Verfahren zum Entfernen in die Wege geleitet.

Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch meint auf die Nachfrage zum Thema Energieeinsparcontracting, dass man hier weiter im Gespräch bleibe.

GR Otto Becker (CDU) kritisiert, dass der Platzaufbau des Rathausplatzes fachlich mangelhaft sei. Der Vorsitzende verweist darauf, dass die notwendigen Korrekturen im Rahmen der Gewährleistung abgewickelt werden.

Grin Cornelia Nürnberg (SPD) stellt verschiedene Fragen in Zusammenhang mit einem Elternbrief in Sachen Kindergartenbeiträge. Hauptamtsleiter Roland Tibi erläutert die Hintergründe. Inhaltlich handle es sich unter anderem um die Information über die vom Gemeinderat bereits beschlossene Erhöhung der Elternbeiträge vom April 2009. Diese fuße auf dem sogenannten „badischen Modell“ und sei für die Eltern finanziell besser als das „württembergische Modell“. Weiterhin habe man festgestellt, dass für den gleichen Betreuungsbeitrag zum Teil unterschiedliche Leistungsumfänge angeboten werden. Mit Wirkung ab März wird dies bei den Eltern die für den gleichen Betrag mehr Leistungsumfang erhalten haben zu höheren Beiträgen führen. Darüber seien die betroffenen Eltern ebenfalls in dem Brief informiert worden. Derzeit arbeite man – so Tibi weiter – an einem neuen Elternbeitragsmodell bei dem für die gleiche Leistung in allen Ortsteilen auch gleiche Elternbeiträge erhoben werden.

GR Günter Metz (Freie Wähler) stellt Fragen im Zusammenhang mit der Mauerscheibe: Er will wissen, ob es zutreffend sei, dass weder im Beschlussvorschlag noch im Beschluss selbst der Zeitpunkt der Entfernung der Wandscheibe genannt bzw. zwingend festgelegt wurde. Weiterhin will er wissen, ob es sich die Gemeinde angesichts der derzeitigen Finanzsituation leisten könne, Geld für eine unnötige Maßnahme auszugeben und gleichzeitig die Straßen, Plätze und Gehwege mit gro-



ßen und tiefen Schlaglöchern zu vernachlässigen. Daneben interessiert ihn, ob die Kämmerin sich nicht dem Vorwurf einer vorsätzlichen Geldverschwendung bei der Abwicklung der Abbruchkosten aussetzen müsse. Er will ferner wissen, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass absolut keine Folgemaßnahme kommen dürfe. Der Vorsitzende sagt, dass der Gemeinderat entschieden habe, dass die Scheibe umgehend entfernt werden soll. Der Ortschaftsrat wolle für die Folgebepflanzung aufkommen so dass für die Gemeinde keine weiteren Kosten entstehen. Hauptamtsleiter Roland Tibi begründet, dass der Gemeinderat aus rechtlicher Sicht entweder dem Bürgerbegehren abhelfen oder grünes Licht für die Durchführung eines Bürgerentscheides geben musste.

GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) spricht sich gegen eine „Feier“ bei der Mauerentfernung aus.

Zu 3. Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise bzgl. des Baugebiets „Brunnenwiesen“ in Karlsbad-Auerbach Vorl. G 10/009

Herr Guthmann erklärt sich für befangen, verlässt die Verwaltungsseite und begibt sich in den Zuschauerraum.

Herr Kleiner erläutert sehr ausführlich den Sachverhalt und die Bewertung der Verwaltung. Bereits seit dem Aufstellungsbeschluss im Jahr 1998 beschäftigt den Gemeinderat das Verfahren des ruhenden Baugebietes „Brunnenwiesen“. Eine Eigentümerbefragung durch die Verwaltung im Januar 2009 habe nur eine geringe Interessequote ergeben. Nach Auswertung und Durchführung einer Eigentümerversammlung unter Beteiligung des Ortschaftsrates Auerbach sei im Juli 2009 empfohlen worden, den Aufstellungsbeschluss zurückzunehmen und eine weitere Realisierung nicht zu verfolgen. Der Gemeinderat habe dann beschlossen, dass der Ortschaftsrat erneut eine Abfrageinitiative starten könne. Dabei hätten sich im November/Dezember 2009 noch weniger Bauwillige als bei der ersten Abfrage ergeben. Trotz dieses Ergebnisses halte der Ortschaftsrat Auerbach weiter am Gebiet fest und habe dies begründet. Die dabei aufgestellte Modellrechnung sei für die Verwaltung nicht nachvollziehbar. Eine angeregte „Pflichtumlegung“ wäre eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen in den letzten Jahren durchgeführten Baugebietsentwicklungen. Bei Realisierung des Gebietes seien im Umlegungsverfahren seitens der Gemeinde ca. 1,3 Millionen Euro für den Grunderwerb zu erbringen. Gleichzeitig sei die Erschließung mit mindestens 1,3 Millionen Euro bis 1,5 Millionen zu veranschlagen. Hinzu kämen weitere Kosten. Schwierig und ungewiss seien auch die Ulemungsmöglichkeit der Erschließungskosten und der Rücklauf der Kosten durch Verkauf der Baugrundstücke einzuschätzen. Hinzu käme eventuell noch ein Prozessrisiko.

Ortsvorsteher Helmut Kunz (Freie Wähler) sagt, dass man bei der erneuten Umfrage alle Einwerfer eingeladen habe, sich die Rückmeldung aber leider nicht verändert habe. Auerbach habe ein Problem bezüglich der Infrastruktur und der Abwanderung junger Familien. Wenn man nicht agiere, würden die Probleme größer. Der Gemeinderat habe diese Problematik in ähnlich gelagerten Fällen in seinen Entscheidungen berücksichtigt. In Mutschelbach gebe es mit dem Baugebiet „Sonnenberg“ einen Lösungsansatz. Der Ortschaftsrat habe sich mit 6 Jastimmen und 1 Enthaltung für das Baugebiet ausgesprochen. Dieses müsse laufen.

GR Günter Höger (CDU) sagt, dass man bei der erneuten Abfrage mit einem „Ruck“ gerechnet habe und diese Prognose leider nicht eingetroffen sei. Die Realisierung



des Baugebietes sei teuer und die Baugrundstücke müssten auch verkauft werden. Mit den vorgeschlagenen Grundstücken gebe es keinen Stillstand für Auerbach. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass man eine Lösung für Auerbach finden müsse, auch wenn es finanziell schwierig sei. Der Vorsitzende sagt, dass man gerne dem Ortschaftsratswunsch entsprechen würde, aber die Realitäten sehen müsse. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) stellt in Frage, ob man die kleinen Ortsteile nur durch Ausweisen von Baugebieten stärken kann. Die bestehenden Baugebiete würden durch Überalterung ausbluten. Man solle sich dort Gedanken machen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, zu beschließen:

1. Die Realisierung des Baugebiets „Brunnenwiesen“ in Karlsbad-Auerbach wird nicht weiterverfolgt und alle mit dem Gebiet verbundenen Planungsaufträge werden abgeschlossen und abgerechnet.
2. Dem ständigen Umlegungsausschuss wird empfohlen, die Aufhebung des Umlegungsbeschlusses vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung städtebaulicher Entwürfe zur Abrundung des Ortsteils Karlsbad-Auerbach im Bereich der Breslauerstraße und des Bereichs Erlenweg beauftragt.
4. Der notwendige Flächenaufkauf innerhalb des Flurbereinigungs- und Bauwartungsgebietes in Höhe von rund 4.000 Euro zuzüglich Nebenkosten zur Realisierung des Weges im Flurbereinigungsverfahren wird genehmigt.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 17 Jastimmen, 7 Neinstimmen und 3 Enthaltungen.

Zu 7. Kreuzung L 622 / Im Stöckmädle - Beratung und Beschlussfassung über die Vereinbarung über eine Baumaßnahme am Bahnübergang „Gewerbegebiet Ittersbach“ zwischen der Gemeinde Karlsbad und der Albtalverkehrsgesellschaft mbH (AVG)

Vorl. G 10/014

Herr Guthmann nimmt wieder an der Verwaltungsseite Platz. Der Vorsitzende weist auf bestehende Terminzwänge weswegen der Gemeinderat entscheiden soll. Siegfried Lorenz von der AVG stellt zusammen mit Jens Schmidtgen vom Landratsamt Karlsruhe die vorgesehenen Umbaumaßnahmen sowie die Kostenseite vor. Die AVG-Haltestelle und der Bahnübergang sollen für den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr sicherer gemacht werden. Dieser Bereich gehört zu den Unfallschwerpunkten. In den Aufgabenbereich der AVG fällt die Verlängerung der aus Richtung Langensteinbach verlaufende Abbiegespur zum Industriegebiet. Dadurch soll mehr Stauraum bei starkem Verkehrsaufkommen geschaffen werden. Die Schrankenanlage wird modernisiert und erweitert. Die Abbiegespur von Langensteinbach kommend und die Fußgängerüberwege im Bahnbereich erhalten jeweils eine Schranke. Der Vorsitzende berichtet, dass der dort gewünschte Kreisverkehr wegen der Geländegegebenheiten und der Kostensituation leider nicht realisierbar sei. Auf der L 622 wird aus Richtung Langensteinbach eine Abbiegespur zum Waldparkplatz geschaffen. Gleichzeitig erhält die Landesstraße in der Nähe des Bahnübergangs einen Fußgängerüberweg mit Fußgängerrampe. Kalkuliert wird mit Gesamtkosten von 565.000 Euro (Projektbereich AVG = 405.000 Euro, Projekt Landratsamt für L 622 ca. 160.000 Euro). Knapp 400.000 Euro soll das Land Baden-Württemberg tragen, etwa 80.000 Euro übernimmt die AVG und der Gemeinde verbleiben Kosten in Höhe von etwa 87.000 Euro. Die Arbeiten könnten, so erläutert Lorenz, noch in diesem Jahr komplett abgewickelt werden. Jens Schmidtgen meint, dass es noch eine Hürde



gibt. Die Farbahndecke der L 622 weist nach dem harten Winter im Kreuzungsbereich starke Schäden auf. Dies habe zur Folge, dass die Fahrbahn zuerst grundlegend renoviert werden muss. Fraglich sei momentan die Finanzierung durch das Land. Wenn es keine Mittel in diesem Jahr gibt, werde sich das Projekt eventuell um ein Jahr verzögern. Der Gemeinderat signalisiert Zustimmung. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) spricht sich gegen eine Vorfinanzierung durch die Gemeinde aus. Er erkundigt sich noch nach den internen Kosten.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, zu beschließen:

Dem in der Anlage zur Drucksachenummer G 10/014 beigefügten Vereinbarungsentwurf über eine Maßnahme an einem Bahnübergang - §§ 3,13 EkrG – zwischen der Gemeinde Karlsbad und der Albtalverkehrsgesellschaft mbH wird zugestimmt. Der Gemeinderat stimmt weiterhin der Baumaßnahme im Kreuzungsbereich zu.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 27 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

Zu 4. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Erschließungsvertrages mit der Firma Pro Kommuna, Pforzheim, für das Baugebiet „Stöckmädle/Reutäcker“ in Karlsbad-Ittersbach

Vorl. B 09/034 und Vorl. G 10/010

GR Manfred Amann (CDU) nimmt wegen Befangenheit im Zuhörerbereich Platz.

Herr Guthmann hält einen kurzen Sachvortrag. GRin Dorothea Badewien-Oehler (Bündnis 90/Grüne) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Erschließung zurückzustellen bis ausreichend Interessenten vorhanden sind. Der Vorsitzende meint, dass der Flächennutzungsplan fortgeschrieben sei, der Grunderwerb getätigt und bei einer Umfrage im Jahr 2007 sich eine hohe Interessensquote ergeben hätte.

Er stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Beschlussfassung.

Mit 18 Neinstimmen, 6 Jastimmen und 1 Enthaltung findet er keine Mehrheit.

GRin Christmann (Freie Wähler) erklärt, dass es einen Briefwechsel mit einer Firma im Gebiet gibt die Probleme wegen des Sondergebietes sieht. Sie will wissen, ob nach Vertragsabschluss des Erschließungsvertrages hier auch wieder zurückgetreten werden kann ohne dass es Nachteile für die Gemeinde gibt. Herr Guthmann erläutert, dass immer der aktuelle Bebauungsplan für den Erschließungsvertrag zugrunde gelegt wird. Insofern sei nicht mit Nachteilen für die Gemeinde zu rechnen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, folgendes zu beschließen:

Dem beigefügten Erschließungsvertrag mit der Firma Pro Kommuna wird zugestimmt. Die Vertragsunterzeichnung wird bis zum Beschluss über den Haushaltsplan und damit der Sicherstellung der Finanzierung zurückgestellt.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 19 Jastimmen, 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

Zu 5. Beratung und Beschlussfassung über die überarbeitete Geschäftsordnung der lokalen Agenda 21 für Karlsbad

Vorl. G 10/011

GR Manfred Mann (CDU) rückt wieder in den Sitzungskreis ein. Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch hält einen kurzen Sachvortrag.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) weist darauf hin, dass die Kosten benannt werden sollen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die Geschäftsordnung wie vorliegend zu beschließen. Der Gemeinderat beschließt dies mit 27 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.



Zu 6. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Satzung zu verkaufsoffenen Sonntagen in Karlsbad-Langensteinbach im Jahr 2010

Vorl. G 10/013

GR Klaus Steigerwald (SPD) erklärt sich für befangen und rückt aus dem Sitzungskreis ab.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die beigefügte Satzung über den Ladenschluss in Karlsbad-Langensteinbach am 21.03.2010 und am 17.10.2010 zu beschließen. Der Gemeinderat beschließt dies mit 16 Jastimmen, 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

Zu 8. Genehmigung von Protokollen

GR Klaus Steigerwald (SPD) rückt wieder in den Sitzungskreis ein. Das Protokoll wird mit 27 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

Zu 9. Verschiedenes

Nichts.

Zu 10. Fragen der Zuhörer

Keine.

Bürgermeister Rudi Knodel

Gemeinderat Günter Höger

Gemeinderat Jürgen Herrmann

Gemeinderat Klaus Steigerwald

Gemeinderat Uwe Rohrer

Protokollführer Hans-Dieter Stößer